

Kriegsgefahr im Pazifik?

Analogien zum Großen Krieg 1914

Michael Paul

Chinas Aufstieg droht eine alte Ordnung zu zerstören und damit wie einst das Deutsche Reich einen Kriegsgrund zu schaffen. Manche schließen einen friedlichen Aufstieg sogar kategorisch aus. Aber muss deshalb erneut ein Krieg entstehen? Der Vergleich zwischen 1914 und heute, zwischen Europa am Vorabend des Ersten Weltkriegs und der aktuellen Lage in Ostasien, ist natürlich problematisch. Gleichwohl erscheinen die Entwicklungen beunruhigend ähnlich. Schließlich gelten die Streitigkeiten im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer schon seit einigen Jahren als mögliche Ursache einer sino-amerikanischen Konfrontation. Analogien zwischen dem Großen Krieg 1914 und der Situation in Ostasien müssen jedoch nüchtern beurteilt werden (jedenfalls ohne darüber in Hysterie zu verfallen).

Was geschichtliche Erfahrungen lehren oder zu lehren vorgeben, beeinflusst häufig das Verhalten außenpolitischer Entscheidungsträger. Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie bietet Analogien, die – ob zutreffend oder nicht – häufig als Orientierung dienen. So können Faktoren identifiziert werden, die eine konfrontative Situation und deren Eskalation zum Krieg ermöglichen haben. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, wie sich diese unter ähnlichen oder anderen Bedingungen entwickeln könnten und wie eine Verkettung unglücklicher Umstände zu verhindern ist.

Die Ereignisse, die 1914 zum Krieg führten, sind für den in Cambridge lehrenden australischen Historiker Christopher Clark »die politische Krise par excellence, so verworren, dass sie unzähligen Hypothesen

Raum geben«. Und zugleich lädt die heutige Situation zum Vergleich mit jener Europas im Jahr 1914 geradezu ein.

Es geht eben nicht nur um den Blick zurück, wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier zutreffend klarstellte, obwohl die Erinnerung an diese Krisen- und Kriegsjahre der Schlüssel für das Verständnis unserer Geschichte im 20. Jahrhundert ist: »Auch wenn wir nach vorn schauen, können wir die Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1914 gut gebrauchen.«

Falsche Schlussfolgerungen sind allerdings zu vermeiden. So lautete in den Zwischenkriegsjahren die Devise »no more summers of 1914«. Britische und französische Politiker meinten, dass der Erste Weltkrieg aus Überreaktion und rigider Diplomatie entstanden war. Eine Folge dieser Auf-

fassung war die Appeasement-Politik der 1930er Jahre, die jedoch verhinderte, dass Adolf Hitlers revisionistisch-expansionistische Politik frühzeitig in die Schranken gewiesen wurde. Und der Slogan »no more 1917s« führte dazu, dass der US-Kongress 1935–1939 vier Resolutionen beschloss, die verhindern sollten, dass die USA erneut in einen europäischen Krieg eintreten.

Analogien können nützlich sein, werden aber gefährlich, wenn sie das Gefühl der Unausweichlichkeit vermitteln; das Diktum des US-Politikwissenschaftlers John Mearsheimer »China cannot rise peacefully« ist empirisch so falsch wie politisch fatal. Denn Krieg ist nie unvermeidlich. Der fatalistische Glaube an seine Unvermeidlichkeit kann hingegen kriegsverursachend wirken.

Der Vergleich zwischen 1914 und heute, zwischen der aktuellen Lage in Ostasien und jener Europas am Vorabend des Ersten Weltkriegs, hinkt natürlich. Von Parallelen zu sprechen wäre eine grobe Vereinfachung von zwei unterschiedlichen, hochkomplexen Situationen. In einigen Aspekten lassen sich aber beunruhigend ähnliche Entwicklungstendenzen aufzeigen.

Gerade im Kontext der sino-amerikanischen Machtrivalität gilt es auf die lange Tradition philosophisch-spekulativen Nachdenkens über die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen zurückzugreifen. Realisten sehen die anarchische Struktur internationaler Politik als maßgebliche Ursache, die Staaten zum Machtstreben zwingt. Diese Denkschule reicht bis zum griechischen Historiker Thukydides zurück. Als Chronist des Peloponnesischen Krieges beschrieb er einen kausalen Zusammenhang, an dem sich das strategische Denken bis heute orientiert: Im 5. Jahrhundert vor Christus entstand eine Rivalität zwischen zwei Großmächten, der Landmacht Sparta und der Seemacht Athen. Sparta war die Vormacht auf dem Peloponnes, doch mit dem Aufstieg des attischen Bundes zerbrach die alte Ordnung. Was den Krieg nach Ansicht von Thukydides unausweichlich machte, waren der Machtzuwachs Athens und die Angst, die er in Sparta auslöste.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, welche analoge Rolle die Akteure heute innehaben. Traditionell sehen sich Amerikaner als Athener (China hätte demnach die Rolle Spartas, das am Ende des Peloponnesischen Krieges zur neuen Vormacht wurde). Besteht die Gefahr, dass die »Thukydides-Falle« in Ostasien wirksam wird?

Der Pazifikraum am Vorabend eines neuen Krieges?

Chinas Aufstieg droht eine alte Ordnung zu zerstören und damit – wie einst das Deutsche Reich – einen Kriegsgrund zu schaffen. Chinesische Aufrüstung einerseits und amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien andererseits scheinen unaufhaltsam auf eine kommende, direkte Konfrontation hinauszulaufen. Als Auslöser könnte der sino-japanische Inselstreit dienen. Ähnlich 1914 will keiner der Kontrahenten einen Krieg, der aber durch fehlerhafte Kommunikation und eine unglückliche Verkettung von Ereignissen ausgelöst werden könnte.

Im Erinnerungsjahr 2014 gibt es eine stetig wachsende Zahl von Aufsätzen zum Großen Krieg 1914–18, auch mit Blick auf Ostasien als jener Region, die in diesem historischen Kontext am meisten Sorgen bereitet. Diese Perspektive wird gleichermaßen relativiert und verschärft durch ein für die VR China wichtigeres und schmerzlicheres Ereignis, das 120 Jahre zurückliegt. Es jährt sich nämlich auch das Gedenken an Chinas Krieg von 1894 mit Japan. Damit wird nicht nur an eine verheerende maritime Niederlage erinnert, sondern auch an Jahrzehnte nationaler Demütigung durch asiatische Nachbarstaaten. Diese fühlen sich umgekehrt durch die aktuelle chinesische Politik in der Region bedrängt – etwa durch die Errichtung einer Luftverteidigungszone (Air Defense Identification Zone, ADIZ) im Ostchinesischen Meer, die im Zusammenhang mit dem andauernden sino-japanischen Inselstreit auch Japans Premierminister Abe einen Vergleich mit 1914 ziehen ließ. Immer wieder wird das chinesische Verhalten mit

dem des wilhelminischen Kaiserreichs und seines auftrumpfenden Herrschers verglichen, der die Nachbarstaaten ebenfalls häufig vor den Kopf gestoßen hatte. Damals gab die deutsche Wirtschaftsmacht den Ängsten der politischen Entscheidungsträger anderer Länder ähnlich Nahrung wie die chinesische Wirtschaftsmacht heute. Welche Analogien und Parallelen können also einerseits zwischen der Situation aufstrebender Mächte wie damals des Deutschen Reiches und heute der VR China sowie andererseits der Position Großbritanniens damals und der USA heute gezogen werden, die einen relativen Machtverlust erleben (wobei Japan im sino-amerikanischen Konflikt auch die Rolle einer Art von Stellvertreter der USA einnimmt)?

Relevant ist hier das Zusammenspiel von je zwei innen- und außenpolitisch begründeten Faktorenpaaren, die den Kriegsbeginn 1914 erklären, wenn sie auch die Komplexität der Kriegsursachen nur eingeschränkt abbilden: Einkreisungsangst und Großmachtträume einerseits sowie Nationalismus und Flottenrüstung andererseits.

Einkreisungsangst und Großmachtträume

Neue Forschungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges widersprechen einmal mehr der Vorstellung, wonach das Deutsche Reich als »globaler Aspirant« mit vereinten Kräften gestoppt werden musste. Der erfolgreiche wirtschaftliche Aufstieg des Kaiserreichs beförderte Großmachtträume in Berlin, aber sie allein machten es nicht für den Krieg verantwortlich. Schon Golo Mann konstatierte: »Dass das deutsche Gefühl, nicht ›saturiert‹ zu sein, schon vor 1914 da war und stark war, dass es die Atmosphäre, die Erwartung des Krieges, die Bereitschaft für ihn mitbestimmte, leugnet niemand. Nur ist der Sprung von da zur eigentlichen Verursachung nicht zu machen.«

Die deutsche Führung war weniger von klaren Aufstiegs- oder erfolgversprechenden Kriegsplänen getrieben, sondern von der Angst vor Einkreisung. Sie verfolgte

nach Ansicht deutscher Historiker das defensive Ziel, erneut jene begrenzte Hegemonie auf dem europäischen Kontinent zu errichten, die das Deutsche Reich unter Reichskanzler Otto von Bismarck (1871–90) ausgeübt hatte. Prekär war dies nach innen wie außen, schließlich wurde das Reich, das Bismarck mit kriegerischen Mitteln zusammengefügt hatte, »gegen die Zeit und den in ihr herrschenden Geist bürgerlicher Zivilität geschaffen« (Johannes Willms).

Reichskanzler von Bülow sprach im November 1906 im Reichstag von »Einkreisung«. Dieses Wort, das bald im politischen Vokabular des Reichs kursierte, spiegelte das Empfinden wider, Deutschland werde in die Abwehr gezwungen. Ein Krieg also wäre, wie Generalstabschef Helmuth von Moltke meinte, langfristig unvermeidlich. So gesehen entstand der Krieg zwar aus dem »Kult der Offensive«, war aber keine willkommene Gelegenheit. Clark sah es auch sonst als eine Eigenart der Krise von 1914 an, dass »alle Handelnden dem Gegner aggressive Absichten unterstellten und sich selbst defensive Intentionen bescheinigten«.

Denn was im Deutschen Reich zum Trauma der Einkreisung geriet (und einer Entwicklungstendenz entsprach), wurde von außen anders betrachtet: als die notwendige Einhegung eines neuen Kraftzentrums mitten in Europa, das durch seine Selbstüberhebung die internationale Ordnung in Frage stellte. Nicht zufällig fällt der Beginn der »ersten Globalisierung« 1870 mit der Zeit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 zusammen. Denn in diesen Jahren trat der europäische Kontinent in eine Phase politischer Stabilität ein, ohne die eine grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtung – und damit der wirtschaftliche Erfolg auch Deutschlands – nicht möglich gewesen wäre. Schließlich erlebte Europa damals die längste Friedenszeit seiner Geschichte.

Allein wirtschaftliche Interdependenz und eine globalisierte Welt sichern aber nicht den Frieden. Hier zeigt sich eine Parallele zum Aufstieg der VR China, deren wirtschaftlicher Erfolg ähnliche Besorgnisse

auslöst wie einst das Kaiserreich. Chinas Aufstieg befähigt zu hegemonialen Ambitionen und droht damit einer politischen Physik zu folgen, die laut Thukydides schon den Peloponnesischen Krieg unausweichlich machte.

Darüber hinaus ist auch der strategische Diskurs in China von der Sorge vor einer Einkreisung beeinflusst; nach der neuesten Variante dieser Sorge wird China durch die Raketenabwehr der USA und ihrer Verbündeter sichelförmig von Japan über die Südchinesische See bis über Indien hinaus eingekreist. Dabei ist nicht entscheidend, ob die USA ein Konzept der Eindämmung verfolgen, wie dies einst Frankreich gemeinsam mit England durch Bildung eines anti-deutschen Bündnisses erfolgreich tat. Eine Eindämmung der Volksrepublik im Sinne der amerikanischen »Containment«-Strategie, die im Kalten Krieg galt, ist aufgrund der vielfältigen Interdependenzen weder sinnvoll noch realistisch. Die USA versuchen jedoch mit dem Air-Sea Battle Concept (ASBC) einen Gegenentwurf zur chinesischen Abhalte-Strategie (A2/AD) zu implementieren und damit ein Übergreifen in die eigene Einflussosphäre im Westpazifik zu verhindern. Solange die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien noch nicht realisiert ist, könnte die chinesische Führung indes versucht sein, die perzipierte Einkreisung zu durchbrechen und eine neue geopolitische Lage zu schaffen. Ähnlich wie das Deutsche Reich aus der kontinentalen Mittellage (als deutsches strategisches Axiom der Jahrhundertwende) ausbrechen wollte, so will Pekings Militär die »Inselkette« durchbrechen. Diese erstreckt sich auf einer Nord-Süd-Linie von den Kurilen über Japan, Taiwan und die Philippinen bis nach Indonesien. Chinas Marine feiert jedes Manöver, bei dem ihre Schiffe – wie Ende November 2013 der Flugzeugträger *Liaoning* auf seinem ersten Seemanöver – auf den Pazifik hinausfahren, als Durchbruch eben dieser Kette.

Wie seinerzeit in Berlin nach Bismarcks Ausscheiden scheint in Peking heute nicht mehr die außenpolitische Vorsicht Deng

Xiaopings zu herrschen. Vielmehr gilt ein neuer Kurs, der wie eine »Politik der freien Hand« die militärische Stärke des Landes in den Vordergrund der Außenpolitik stellt. Daher könnte sich Peking in einer Krisensituation (auch im Schatten einer internationalen Krise wie derzeit auf der Krim) gegen amerikanische Verbündete wie Japan oder die USA selbst wenden. Indem es sich einer der umstrittenen Inselgruppen im Ost- oder Südchinesischen Meer bemächtigt, könnte es sich aus der Zwangslage zu befreien glauben. China würde so wie das Deutsche Reich 1914 im vollen Bewusstsein militärischer Unterlegenheit eine fatale Entwicklung einleiten – bestärkt durch eine diffuse »Opferideologie«, nach der sich chinesische Akteure nicht als Täter, sondern als Opfer begreifen. Wie damals wäre aber auch heute das Kalkül eines kurzen, lokal begrenzten Krieges höchst riskant. Eine chinesische Übung 2013, bei der es um die rasche Überwältigung feindlicher Streitkräfte im Ostchinesischen Meer ging, mag nahelegen, den sino-japanischen Territorialstreit durch Einsatz militärischer Mittel zu klären. Dies ist jedoch nur ein Szenario, dessen zweifelhafte Plausibilität keine Zwangsläufigkeit beinhaltet.

Nationalismus und Flottenrüstung

Der Kriegsbeginn 1914 und die spätere deutsche Niederlage waren nicht »Schicksal«. Sie waren, wie Sebastian Haffner schrieb, »das Ergebnis falscher Einschätzungen, falscher Entscheidungen und falscher Maßnahmen deutscher Regierungen, die meist die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit hatten«. Den Kardinalfehler sieht er in »Selbstüberschätzung und Selbstüberhebung«. Die deutsche Regierung wollte 1914 nicht den Krieg, den sie bekam, als ihr Russland, Frankreich und England gleichzeitig gegenüberstanden. Dennoch war die Entscheidung zum Krieg – als damals noch legitimes Mittel der Politik – klar und wurde in voller Absicht getroffen. »Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von

politischen Akteuren mit bewussten Zielen getroffen wurden«, resümiert Clark.

Wie das wilhelminische Reich ist die VR China aus Sicht vieler Beobachter zu schnell zu mächtig geworden. Ihr aggressives Auftreten könnte mit demselben Etikett von Selbstüberschätzung und Selbstüberhebung belegt werden. Wie im Kaiserreich verschärfen sich in der Volksrepublik die sozialen Gegensätze und wachsen die Spannungen, die Legitimation der Herrschenden ist nicht mehr unangefochten und das Militär und nationalistische Kräfte wollen Erfolge sehen. In solchen Situationen könnte eine symbolische Kanonenbootpolitik gelegen kommen, die bei einem Einsatz des chinesischen Flugzeugträgers *Liaoning* aber ähnlich ausfallen würde wie der deutsche »Panthersprung nach Agadir« 1911 (während die auffallenden nationalistischen Gefühle erneut außer Kontrolle geraten könnten).

Das Kaiserreich wollte sich einen »Platz an der Sonne« sichern. Der Begriff stammt aus der Antrittsrede Bernhard von Bülow als Staatssekretär im Auswärtigen Amt am 6. Dezember 1897 und meinte »ganz allgemein deutsche Weltpolitik, die aus der vermeintlich unangemessenen Genügsamkeit hinausführte« (Harald Steffahn). Etwas konkreter hatte es Max Weber 1895 in seiner bekannten Freiburger Vorlesung ausgedrückt, als er sagte, dass die »Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war ..., wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte«. Max Webers Worte waren »Ausdruck eines sich steigernden Kraftgefühls, das, wie Andreas Hillgruber feststellte, »schließlich fast die ganze Nation in seinen Bann schlug«.

Heute will sich China den »Traum« einer großartigen Wiedergeburt der chinesischen Nation erfüllen, und wie einst in Berlin heißt es in Peking, dass die Zukunft auf dem Wasser liege. Gerade die Flottenrüstung als Ausdruck von Großmachtanspruch und Objekt nationalen Stolzes bietet eine signifikante Analogie: Das kaiserliche Deutschland entfaltete auf seinen Trockendocks in

Kiel und Wilhelmshaven einen Lärm, als gelte es interkontinentale Großoffensiven vorzubereiten. Heute lässt der chinesische Schiffsbau andere Staaten bei Schiffstypen wie Stückzahlen weit hinter sich. Damals wurde durch die Flottenrüstung nicht nur die maritime Dominanz und das insulare Sicherheitsgefühl eines entscheidenden Akteurs – nämlich Großbritanniens – gestört, auch die übrige Außenwelt blickte besorgt auf die stetig wachsende Wirtschaftsmacht, deren sichtbares Ausdrucksmittel regionaler Machtprojektion Schlachtschiffe waren – heute sind es Flugzeugträger. Der Bau der deutschen Schlachtflotte begann 1898 und wurde »der Öffentlichkeit dargeboten als Bedingung und Mittel deutschen Welthandels und deutscher Weltgeltung, inszeniert als technokratischer Triumph und strategisch gegen Englands Seeherrschaft gerichtet« (Michael Stürmer).

Die Ursachen für die deutsche Risikopolitik 1914 können daher auch in den innenpolitischen Spannungen ausgemacht werden, die im Kaiserreich herrschten. Die Machteliten waren nicht in der Lage, sich dem Wandel in der Gesellschaft anzupassen, und suchten durch eine Flucht nach vorn zu verhindern, dass sie ihre privilegierte Stellung einbüßten. Denn anders als der vielzitierte Untertanengeist vermuten lässt, war die wilhelminische Gesellschaft eine kritische Gesellschaft, auch im Verhältnis zum Kaiser. Sie war eine für politische Veränderung eintretende Gesellschaft, in der die Verfechter des Status quo erheblich an Gewicht verloren. So konstatierte Thomas Nipperdey, dass die Spannungen der bürgerlichen Gesellschaft und die Opposition gegen das Herrschaftssystem schon in den 1890er Jahren nicht mit repressiv-korumpierenden Methoden unter Kontrolle gebracht werden konnten, wie sie Heinrich Mann im Roman »Der Untertan« (1914) geschildert hatte. Es blieben nur ein agrarisch-industrieller Kompromiss der sogenannten Sammlung und der Imperialismus der Flotten- und Weltpolitik.

Heute strebt die VR China klar eine Großmachtrolle in Asien an, und diese hat wie

das deutsche Machtstreben eine entscheidende maritime Dimension. Gilt also abermals, »Weltmacht durch Seemacht« zu erlangen, wie es der amerikanische Marinehistoriker Alfred Thayer Mahan 1890 seinen begeisterten Lesern, darunter Kaiser Wilhelm II., dargelegt hat? Analog zum Deutschen Reich drängt sich der Schluss auf, dass Chinas Weltpolitik eine starke innenpolitische Legitimationsfunktion hat: als Mittel, die nationale Solidarität mit dem Regime zu stärken, abweichende Meinungen zu schwächen und die Dominanz der (Partei-) Elite aufrechtzuerhalten.

In der Flottenrüstung Chinas dürften jedoch ähnlich der des Deutschen Reiches sowohl außen- wie auch innenpolitische Überlegungen von Anfang an eng verknüpft gewesen sein: die Rüstung als Instrument, um die hegemoniale Vormacht zu verdrängen, und als Symbol des Traums von der Weltmacht, das von inneren Problemen ablenken und die bestehende Ordnung bestätigen soll.

Anders als seinerzeit Berlin gegenüber London hat Peking jedoch absehbar keine Eile, die USA als globalen Hegemon abzulösen und deren Verpflichtungen als Hüter regionaler Stabilität zu übernehmen. Die VR China verfolgt relativ stetig ihre nationalen Interessen. Das unterscheidet sie von der nervösen Unsicherheit des wilhelminischen Reiches und der »irrlichternden Dynamik« (Volker Ullrich) deutscher Weltpolitik. Aber wie kann eine militärische Konfrontation langfristig vermieden werden?

Von der Machtrivalität zum Machtwechsel?

Die USA wollten anfangs weder am Ersten noch am Zweiten Weltkrieg teilnehmen. Andererseits konnten sie durch ihren Kriegseintritt 1917 und 1941 verhindern, dass ihnen eine neue Ordnung in Europa und Asien auferlegt wurde. Heute wären – analog zu Großbritannien 1914 – die USA als Verbündeter Japans von Anfang an in einen Konflikt im Westpazifik involviert. Dabei ginge es ihnen darum, sowohl China

entgegenzutreten und es einzuhegen als auch Japan zu unterstützen und zu zügeln.

Würden die USA auf lange Sicht eine chinesisch geprägte Ordnung in Ostasien akzeptieren? Die USA erkennen China als Großmacht an, aber das bedeutet nicht, dass sie zu einem Machtwechsel bereit wären oder die Absicht hätten, eine Appeasement-Politik zu betreiben. Hier besteht in der Tat eine gewisse Ähnlichkeit Chinas mit dem Deutschen Reich, das seinen Platz in der Welt noch nicht gefunden hatte, dessen hegemoniale Ambitionen aber klar abgelehnt wurden.

Heute sind weder die internationale Staatengemeinschaft noch die asiatischen Anrainer auf eine Wachablösung im Pazifik vorbereitet, vielleicht sogar am wenigsten die Volksrepublik selbst. Die USA wollen ihre Macht und ihren Einfluss im asiatisch-pazifischen Raum aufrechterhalten, und das entspricht dem Interesse der meisten Länder in Ostasien. Die Ambitionen der VR China greifen offensichtlich über den territorialen Status quo hinaus. Welchen geopolitischen Status die Führung in Peking letzten Endes anstrebt, bleibt allerdings unklar. Die militärische Aufrüstung zeigt nur, dass es bereit ist, auch andere als politische Mittel zur Konfliktlösung einzusetzen. Aber derzeit wäre es weder in der Lage, sich Taiwans militärisch zu bemächtigen, noch mit Aussicht auf Erfolg eine direkte Konfrontation mit Japan oder gar den USA durchzustehen, die noch auf Jahrzehnte hinaus stärkste Militärmacht im Raum bleiben werden.

Im deutschen Fall sind nahezu alle wichtigen Interventionen von Offizieren und Generalstabschefs bekannt – auch gegenüber Wilhelm II. als oberstem Kriegsherrn –, erfolglose ebenso wie erfolgreiche. Der prätorianische Charakter des Systems verschaffte dem Militär damals eigene Handlungsspielräume. Chinesische Offiziere haben ein Quasimonopol auf sicherheitsrelevante Informationen. Welche Positionen und Spielräume sie aber im konkreten Entscheidungsprozess haben, ist nur schwer zu beurteilen. Man weiß mittlerweile sehr gut, was 1914 in Berlin und Wien, in London

und Moskau diskutiert wurde. Verglichen damit bleibt Peking 2014 oft rätselhaft und dürfte dies auf absehbare Zeit bleiben.

Aus der Geschichte lernen?

Am Ende seines Panoramas des Großen Krieges meinte Herfried Münkler, strategisches Lernen bedeute für China, die deutschen Fehler zu vermeiden – also geschickter und umsichtiger nach der Weltmacht zu greifen. Systemisches Lernen sei dagegen auf Kommunikation und Austausch angewiesen. Ein diesem Zweck dienender sino-amerikanischer Dialog über Verständigungsmechanismen ist aber erst in Ansätzen vorhanden. Unklar ist zudem, welche Absichten und Interessen die Partei- und Staatsführung in Peking verfolgt und wie Entscheidungsprozesse konkret verlaufen. Darum muss asiatischen Nachbarn und pazifischen Anrainern umso mehr daran gelegen sein, ihre Interessen selbst klar und unmissverständlich zu kommunizieren und krisenresistente Kommunikationsmechanismen zu etablieren. Dazu benötigen sie auch die Unterstützung der USA, deren paradoxe Strategie im Umgang mit Peking weiter von der vielgescholtenen, im Sinne der Bündnissolidarität jedoch unvermeidlichen Ambivalenz von Kooperation und Konkurrenz geprägt bleibt.

Langfristig muss es den USA darauf ankommen, dass China zu einem verantwortungsvollen Treuhänder globaler Güter wird. Daher muss sich Washington darum bemühen, die Führung der Volksrepublik einzubinden statt einzudämmen und einer Polarisierung in den internationalen Beziehungen entgegenzuwirken. Es gilt zu vermeiden, dass sich erneut ein multipolares Umfeld durch eine Kaskade von Bündnisverpflichtungen zu einer bipolaren Konfliktkonstellation wandelt. Die neue Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum wird schon heute durch einsame Entscheidungen in Peking und Washington geprägt. Noch erlaubt sie es aber, gemeinsam Erfahrungen im bilateralen und multilateralen Rahmen zu sammeln und diese eines Tages für eine

Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum nutzbar zu machen. Dies sind jedoch vage Hoffnungen auf langfristige positive politische Prozesse.

Politische Fehleinschätzungen, ungehinderter Nationalismus und revisionistisches Machtkalkül können in einer polarisierenden, von Misstrauen und Feindseligkeit geprägten Atmosphäre wieder eine Situation herbeiführen, in der ein symbolisch aufgeladenes Ereignis genügt, um latente Rivalität in offene Konfrontation umschlagen zu lassen und eine militärische Eskalation auszulösen.

Heute haben politische Entscheidungsträger zwar das Äquivalent einer Kristallkugel in ihrer Hand, die ihnen die verheerenden Konsequenzen eines Krieges schon vor dessen Beginn zeigt, denn 1914 gab es noch keine Nuklearwaffen. Wichtig und dringlich wären aber etablierte, in Krisen stabile Prozeduren wechselseitiger Kommunikation und Mechanismen zur friedlichen Beilegung von Konflikten im asiatisch-pazifischen Raum, speziell im Verhältnis zwischen Washington und Peking, Seoul und Tokio.

Kriege sind selten zwangsläufig. Doch der Friede im Pazifik ist keineswegs sicher.

Auswahlbibliografie

- Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013
- Stephen van Evera, »The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War«, in: *International Security*, 9 (1984) 1, S. 58–107
- Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961
- Dominik Geppert/Sönke Neitzel/Cora Stephan/Thomas Weber, »Warum Deutschland nicht allein schuld ist«, in: *Die Welt*, 7.1.2014
- Nadine Godehardt/Alexandra Sakaki/Gudrun Wacker, »Sino-japanischer Inselstreit und europäische Beiträge zur Deeskalation«, in: Volker Perthes/Barbara

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

- Lippert (Hg.), *Ungeplant bleibt der Normalfall. Acht Situationen, die politische Aufmerksamkeit verdienen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2013 (SWP-Studie 16/2013), S. 24–28
- Sebastian Haffner, *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Bergisch Gladbach 1981
- Holger H. Herwig, »Imperial Germany: Continental Titan, Global Aspirant«, in: Andrew S. Erickson/Lyle J. Goldstein/Carnes Lord (Hg.), *China Goes to Sea. Maritime Transformation in Comparative Historical Perspective*, Annapolis, MD, 2009, S. 171–198
- Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945*, Berlin 1999
- Andreas Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen 1979
- Yuen Foong Khong, *Analogies at War. Korea, Munich, Dien Bien Phu, and the Vietnam Decisions of 1965*, Princeton 1992
- Margaret MacMillan, »1914 and 2014: Should We Be Worried?«, in: *International Affairs*, 90 (2014) 1, S. 59–70
- Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1958
- Ernest R. May, »Lessons« of the Past. *The Use and Misuse of History in American Foreign Policy*, New York 1973
- John Mearsheimer, »The Gathering Storm: China's Challenge to US Power in Asia«, in: *The Chinese Journal of International Politics*, 3 (2010) 4, S. 381–396
- Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918*, Berlin 1995
- Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2013
- Rolf Mützenich, »Von Historikern und Hysterikern. Weshalb 2014 nicht 1914 ist (und die Volksrepublik China nicht das Deutsche Reich)«, in: *IPG-Journal*, 10.3.2014, <www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/von-historikern-und-hysterikern-297>
- Sönke Neitzel, *Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914*, Zürich 2002
- Richard E. Neustadt/Ernest R. May, *Thinking in Time. The Uses of History for Decision-Makers*, New York 1986
- Thomas Nipperdey, *Kann Geschichte objektiv sein? Historische Essays*, München 2013
- Joseph S. Nye, »1914 Revisited?«, *Project Syndicate*, 13.1.2014, <www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-asks-whether-war-between-china-and-the-us-is-as-inevitable-as-many-believe-world-war-i-to-have-been>
- Michael Paul, *Die Flottenrüstung der Volksrepublik China: Maritime Aspekte sino-amerikanischer Rivalität*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2013 (SWP-Studie 15/2013)
- Michael Paul, *Die Nato im Fernen Osten. Die atlantisch-pazifische Kooperation zwischen der Allianz und Japan im Kontext der amerikanischen »Pivot to Asia«*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2013 (SWP-Aktuell 59/2013).
- Denny Roy, »The Problem with Premature Appeasement«, in: *Survival*, 55 (Juni–Juli 2013) 3, S. 183–202
- Gregor Schöllgen, »Kriegsgefahr und Krisenmanagement vor 1914. Zur Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland«, in: *Historische Zeitschrift*, 267 (Oktober 1998) 2, S. 399–413
- Hans-Peter Schwarz, *Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten*, Berlin 1998
- Harald Steffahn, *Deutschland von Bismarck bis heute*, Stuttgart 1990
- Michael Stürmer, »Das industrielle Deutschland. Von 1866 bis zur Gegenwart«, in: Hartmut Boockmann/Heinz Schilling/Hagen Schulze/Michael Stürmer, *Mitten in Europa. Deutsche Geschichte*, Berlin 1990, S. 373–560
- Volker Ullrich, *Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs*, Frankfurt a. M. 2013
- Johannes Willms, *Bismarck – Dämon der Deutschen: Anmerkungen zu einer Legende*, München 1997